

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heusaallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Johannes Rau, stellvertre-
tender SPD-Vorsitzender,
zur "Mäkelei" der Union
an der Kanzler-Reise: Un-
würdiger Beitrag.

Seite 1

Dr. Axel Wernitz MdB, Vor-
sitzender des Innenausschusses des Deutschen
Bundestages, zur Lummer-
forderung nach Gummi-Ge-
schossen: Kein Beitrag zur
Sicherheits-Diskussion.

Seite 2

Helmut Becker MdB, Parla-
mentarischer Staatssekre-
tär beim Bundesminister
für das Post- und Fernmel-
dewesen, zu Unions-Angrif-
fen auf seine Polen-Reise:
Bloße Polemik hilft nie-
mandem.

Seite 3

Hugo Brandt MdB, Landes-
vorsitzender der SPD Rhein-
land-Pfalz, zur DDR-Weige-
rung, Bundesbürger einrei-
sen zu lassen: Schallende
Ohrfeige.

Seite 4

Fridolin Scheuble, Spre-
cher der SPD in Bayern,
zur Verteufelung der Grü-
nen durch Strauß und Stoi-
ber: Verbal-Radikalisten.

Seite 5

37. Jahrgang / 141

26. Juli 1982

Kleinkariertes Herummäkeln

Die Oppositions-Haltung zur Kanzler-Reise

Von Johannes Rau
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und stellvertre-
tender Vorsitzender der SPD

Zu einer guten Opposition gehört es, daß sie fundierte Kri-
tik an der Arbeit der Regierung übt. Was die Union in Bonn
an kleinkariertem Herummäkeln und böswilligen Unterstellun-
gen im Zusammenhang mit der Reise des Bundeskanzlers in die
Vereinigten Staaten aber bietet, ist einer ernstzunehmenden
Opposition unwürdig.

Bundeskanzler Schmidt hat in zahlreichen Gesprächen mit Po-
litikern und Verantwortlichen in Wirtschaft und Finanzen in
den USA den deutschen - und damit auch den europäischen -
Standpunkt in der Frage des Erdgas-Röhren-Geschäfts mit der
Sowjetunion klar und deutlich vertreten und unser besonderes
Interesse an erfolgreichen Abrüstungsanstrengungen erneut
vorgetragen. Dem Kanzler ist es gelungen, bestehende Irrita-
tionen bei unserem wichtigsten Bündnispartner abzubauen und
ein größeres Verständnis für unsere Sorgen und Probleme zu
finden. Das trägt sicher dazu bei, einen Umdenkungsprozeß
in den Vereinigten Staaten einzuleiten und die Nachdenkli-
chen dort mit einem stärkeren Gewicht auszustatten. Helmut
Schmidt hat sein ganzes Prestige und sein großes Ansehen,
das er auch in den Vereinigten Staaten genießt, in die Waag-
schale geworfen, um in einer schwierigen weltwirtschaftli-
chen Situation für unser Land und für Europa zu werben. Da-
für sollten wir ihm danken.

Dazu sollte sich auch die Opposition nicht zu schade sein,
bei deren Reisen in die USA das Gefühl der partnerschaftli-
chen Verbundenheit nicht aufkommt. (-/28.7.1982/bgy/rs)

+ + +

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Vertriebsstellen:
in allen Postämtern
Wirtschaftspapier



Lummer und die Gummigeschosse

Demonstrative Verschärfungsparolen kein Beitrag zur Inneren Sicherheit

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Eine Zeitlang hatte bei gewissen Unionspolitikern der Ruf nach Verschärfung des Demonstrationsrechts Hochkonjunktur. Was diesen verbal-demonstrativen "Beitrag" zur inneren Sicherheit angeht, ist es inzwischen wieder etwas ruhiger geworden. Dafür hat der Berliner Innensenator Heinrich Lummer mit seinen Andeutungen über die mögliche Einführung von Gummischrot als Distanzwaffe der Polizei eine andere Variante der "Verschärfungspalette" neu belebt. Immerhin war es um das brisante Thema Gummigeschosse relativ ruhig geworden, seit CSU-Innenminister Tandler, der zunächst allzu forsch im Alleingang nach vorn geprescht war, sich wieder still und leise aus der Schußlinie zurückgezogen hatte.

Aber auch Innensenator Lummer ist - vielleicht gewitzt durch die negativen Erfahrungen seines Unionsfreundes Tandler - vorsichtiger geworden und ficht eher mit gebremster Schärfe: Mit Blick auf Berlin ist er gegen eine Vorreiterrolle, spricht vom "hinteren Mittelfeld" im Reigen der Bundesländer und nennt konkrete Entscheidungen für 1982 beim Thema Gummischrot nicht aktuell. Genaugenommen hat der Berliner Innensenator sich selbst amtlich bescheinigt, zur Unzeit das Thema Gummigeschosse aktiviert zu haben, obwohl auch er sehr genau weiß, daß hier noch manches klärungsbedürftig ist. Es ist deshalb nicht in Ordnung, wenn man so vordergründig-taktisch für eine Verschärfung polizeilicher Einsatzmittel - hier durch Gummigeschosse - eintritt und dabei offensichtlich die gewünschte emotionale Wirkung bei der Polizei und einem Großteil der Bevölkerung zur Leit- oder Richtschnur für demonstrative Verschärfungsparolen macht.

Man kann nur erneut an alle Verantwortlichen appellieren, die notwendige Debatte um die Palette und auch Lücke zwischen Polizeischlagstock und Schußwaffe mit Sorgfalt, Sensibilität und Solidarität zu führen. Hier ist nach wie vor der Beschluß der Innenminister des Bundes und der Länder vom 6. Mai 1981 aktuell: "Die polizeilichen Einsatzmittel unterhalb der Schußwaffe müssen ergänzt werden. Es müssen polizeitypische Einsatzmittel entwickelt werden, die rechtsstaatlich-humanitären Anforderungen entsprechen, gleichzeitig aber die Erfüllung des polizeilichen Auftrages gewährleisten und den Beamten den denkbar besten Schutz bieten."

Diese Aufgabe ist noch nicht gelöst und bedarf sicher einer weiteren sorgfältigen Prüfung. Aber es sollte mit dem Blick auf die Fürsorgepflicht der Dienstherren und die Erfordernisse effektiver innerer Sicherheit nichts ohne Not auf die lange Bank geschoben werden. Bei allen anstehenden Entscheidungen über neue Einsatzmittel sollte bedacht werden, daß die möglichst einheitliche Ausrüstung der Polizeien des Bundes und der Länder für die innere Sicherheit unseres Bundesstaates einen sehr hohen Rang hat.

(-/28.7.1982/bgy/rs)

+ + +



Hupka geht es nur um Polemik

Die Äußerungen des Unions-Politikers helfen den Polen nicht

Von Helmuth Becker MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Der Kommentar des CDU-Abgeordneten Dr. Herbert Hupka zu meiner kürzlichen Reise in die Volksrepublik Polen ist bezeichnend. Er beweist wieder einmal, daß es Oppositionspolitikern aus den Reihen der CDU/CSU hierzulande zur Zeit offenbar nur darauf ankommt, möglichst polemisch jede Aktion des politischen Gegners zu verfolgen. Damit soll die Öffentlichkeit von sachlichen Überlegungen abgelenkt werden. Herr Hupka hält es nicht einmal für nötig, sich vor entsprechenden Stellungnahmen in ausführlichen Berichten zu informieren, sondern schöpft sein Wissen aus knappen Interviews und anderen Meldungen, die ja niemals umfassend sein können.

Deshalb zur Sache:

Meine Kontakte nach Polen bestehen bereits seit geraumer Zeit und sind seit 1976 sehr intensiv. Sie erstrecken sich neben rein persönlichen Bindungen auf sportliche, kulturelle und sonstige Beziehungen und sind frei von jeglicher Einmischung offizieller polnischer Stellen. Herr Hupka darf versichert sein, daß ich meinen eigenen Standpunkt, den Standpunkt der Bundesregierung, den Standpunkt der SPD-Fraktion und den Standpunkt der bundesdeutschen Bevölkerung ohne jede Hemmung in allen Teilen Polens vertreten habe und auch künftig vertreten werde.

Einen Vergleich mit Reisen von Politikern während der Diktatur Hitlers weise ich energisch zurück und protestiere auf das Entschiedenste gegen die von Hupka gemachten Unterstellungen. Ich fordere die CDU/CSU auf, sich eindeutig von diesen Äußerungen Hupkas zu distanzieren.

Mein Kollege Junghans und ich haben bei jedem Gespräch für die Aufhebung des Kriegsrechts plädiert, die Freilassung der Inhaftierten gefordert und auf die Schlußakte von Helsinki hingewiesen.

Uns allen ist mit vielen Bundestagskollegen der SPD und der FDP daran gelegen, dem polnischen Volk in dieser Situation zu helfen und die Verständigung zwischen dem polnischen und deutschen Volk voranzubringen. Äußerungen wie jetzt von Herrn Dr. Hupka bewirken das Gegenteil!

(-/29.7.1982/ks/rs)

+ + +



Eine schallende Ohrfeige für die Freiheit

Zur Weigerung der DDR, Ministerpräsident Vogel einreisen zu lassen

Von Hugo Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Rheinland-Pfalz

Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Es gehört schon zu den seltsamen und überaus bedrückenden Erfahrungen der deutsch-deutschen Wirklichkeit im vierten Jahrzehnt nach der Bildung von zwei deutschen Staaten, daß ein Deutscher aus Deutschland-Ost so gut wie überhaupt nicht nach Deutschland-West darf. Es ist indessen absurd, daß auch einer aus Deutschland-West nicht nach Deutschland-Ost darf, und daß dies zudem noch der offensichtlichen Beliebigkeit unterliegt. Der Beliebigkeit derer aus Deutschland-Ost.

Daß der Dr. Bernhard Vogel Ministerpräsident des Bundeslandes Rheinland-Pfalz ist, spielt dabei keine Rolle. Egal, was er ist, einer, der die DDR besuchen und ganz gewiß nicht dort bleiben will, wird abgewiesen, weil es irgendwem so gefällt. Gründe dafür werden nicht angegeben, und selbst wenn welche genannt würden, wäre das eher enthüllend als erklärend. All das ist schlimm und sagt mehr über die Unsicherheit des dortigen Regimes als irgendwelche Geheimberichte. Hier ist weniger eine Chance vertan als eine Chance nicht wahrgenommen worden.

Nun kann man viel über Empörung reden - in mir bleibt über diesen Vorgang fast nur Trauer. Die Freiheit, die halt auch etwas mit Freizügigkeit zu tun hat, hat wieder einmal eine schallende Ohrfeige einstecken müssen.

Reden wir erst gar nicht von Verträgen und Abkommen, von Helsinki und anderem.

Dr. Vogel soll wissen, daß die Sozialdemokraten diesen Vorgang nicht anders bewerten als er selber.

Dieses bedrückende Ereignis aber hat noch eine andere Seite. Es ist verführerisch für kleine Geister, mit Repressalien zu antworten. Ich kann nur abraten. Wenn der Herr Zeyer, Ministerpräsident des Saarlandes, nun erklären läßt, der Herr Honecker, der gebürtiger Saarländer ist, sei dort unerwünscht, ist das eine möglicherweise verständliche, aber dennoch nicht geringere Dummheit. Seit wann sind wir denn so wie die anderen? Ist unsere Selbstsicherheit so gering, daß wir Gleiches mit Ähnlichem vergelten müssen? Unsere Verachtung für den Vorgang wird geschmälert, wenn wir erkennen lassen, daß wir zu Ähnlichem fähig sind. Herr Honecker, das ist mein Wunsch, soll sich hier in der Bundesrepublik frei unter Freien fühlen dürfen. Die Bundesrepublik Deutschland mag Ihre Schwierigkeiten haben - dieser Art sind sie gewiß nicht.
(-/28.7.1982/ks/rs)

+ + +



Verbal-Radikalisten

Strauß und Stoiber verteufln die Grünen

Von Fridolin Scheuble

Sprecher der SPD in Bayern

Eine der Übelsten und zugleich dümmsten Parolen, die Strauß/Stoiber im letzten Bundestagswahlkampf verbreiteten, war die von der Gleichsetzung des Nationalsozialismus mit dem Sozialismus. Im selben Stil scheinen die CSU-Verbalradikalistens jetzt im Landtagswahlkampf fortfahren zu wollen. Diesmal sind die Adressaten primitiver Verunglimpfung vor allem die Grünen und solche, die wegen ihrer Ansichten zu Einzel-Problemen grün erscheinen. Gustl Lang zum Beispiel, der CSU-Fraktionsvorsitzende, sah in den Gegnern der Sondermüllsammelstelle Mitterteich "Volksverhetzer". Und Strauß schloß sich jetzt dieser Wertung an, indem er in einem Brief an den Bund Naturschutz schrieb, es sei "unchristlich und volksverhetzerisch", "Menschen mit Angst vor einer Gefahr zu erfüllen, die es gar nicht gibt".

In Wirklichkeit erfüllen Strauß und Stoiber die Bevölkerung mit einer Angst vor einer Gefahr, die es gar nicht gibt - indem sie die Grünen abwechselnd mit Nazis und Kommunisten (Strauß: "Trojanische Sowjetkavallerie") gleichsetzen. Eine derartige Verteufelung führt, was die CSU-Oberen offenbar nicht begreifen, nur zu einer Solidarisierung des grünen Lagers.

Die SPD hat mit den Grünen wahrhaftig nichts zu schaffen. Sie hält es jedoch für glaubwürdiger, wenn auf die Verworrenheit der grünen Programme, wenn auf die Zersplitterung der grünen Bewegung vor allem auch in Bayern, auf die Widersprüchlichkeit vieler "grünen Aussagen", auf demokratiefeindliche Tendenzen hingewiesen wird. Den Grünen wird man nicht gerecht, noch kommt man ihnen politisch bei, wenn man sie als Nazis oder Kommunisten diffamiert. Was not tut, ist ein klarer Blick auf die Unseriosität der organisierten grünen Politik.

Auch sollte den Sympathisanten der Grünen klargemacht werden, daß ihre Stimmen in Wirklichkeit vor allem der CSU zugute kommen. Denn wenn die Grünen, wovon die SPD überzeugt ist, nicht in den Landtag kommen, werden die grünen Stimmen beziehungsweise die grünen Mandate größtenteils der größten Partei zugeschlagen.

Die CSU nötigt die Grünen mit ihren verbalen Totschlagsversuchen zu Notwehrreaktionen, für die die CSU gegebenenfalls gewiß nicht die Verantwortung zu tragen bereit ist. Die SPD plädiert demgegenüber für Augenmaß und für den Versuch, die grünen Sympathisanten für sozialdemokratische Politik zu gewinnen - statt das grüne Potential pauschal aus dem demokratischen Spektrum hinauszudrängen und aus der Gesellschaft auszugrenzen.

(-/28.7.1982/ks/rs)

+ + +

